

Beschlussprotokoll

16. Sitzung – Rechtspolitischer Ausschuss

28. Mai 2026 – 11:00 bis 13:28 Uhr

Anwesende:

Vorsitz: Patrick Schenk (Frankfurt) (AfD)

Stellv. Vorsitz: Hartmut Honka (CDU)

CDU

Jennifer Gießler
Marie-Sophie Künkel
J. Michael Müller (Lahn-Dill)
Lucas Schmitz
Sebastian Sommer (Hocht.)

AfD

Gerhard Schenk (Bebra)
Bernd Erich Vohl

SPD

Tanja Hartdegen
Rüdiger Holschuh
Cirsten Kunz-Strueder

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vanessa Gronemann
Kaya Kinkel
Lara Klaes

Freie Demokraten

Marion Schardt-Sauer

Weitere Anwesende:

Minister Christian Heinz, Staatssekretärin Tanja Eichner, Vertreterinnen und Vertreter der Staatskanzlei, der Ministerien, des Rechnungshofes und weiterer Behörden sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und der Landtagskanzlei.

Die Liste aller Anwesenden liegt der Ausschussgeschäftsführung vor.



Öffentlicher Teil

- 1. Große Anfrage**
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Femizide – Tötungen von Frauen wegen ihres Geschlechts
– Drucks. [21/4395](#) zu Drucks. [21/3491](#) –

Beschluss:

RTA 21/16 – 28.05.2026

Der Rechtspolitische Ausschuss hat die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage in öffentlicher Sitzung abschließend besprochen.

Der Minister sagt zu, die Antwort auf die Frage, warum derzeit und auch künftig keine Statistiken zu den Gegenständen der Fragen 2, 7, 8, 11, 12 und 13 geführt werden, schriftlich nachzuliefern.

Der Minister sagt zu, Angaben über die Beratungsfrequenz der „Catcalling“-Beauftragten bei der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main schriftlich nachzureichen.

Der Minister sagt zu, die Antwort auf die Frage schriftlich nachreichen, warum das Land Hessen zwar für die Bundesratsinitiative des Landes Nordrhein-Westfalen (Voyeurismus), aber gegen die Bundesratsinitiative des Landes Niedersachsen (verbale sexuelle Belästigung) gestimmt hat.

Der Minister erklärt sich bereit, eventuell existierende Statistiken über positive Effekte des „Marburger Modells“ schriftlich nachzuliefern.

Der Minister sagt zu, die Statistik zu den Programmen zur Täterarbeit (Antwort auf die Fragen 16 und 17) schriftlich nachzureichen.



- 4. Dringlicher Berichts Antrag
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Überlastung und Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs
des Amtsgerichts Frankfurt am Main
– Drucks. [21/4479](#) –**

Beschluss:

RTA 21/16 – 28.05.2026

Der Dringliche Berichts Antrag gilt mit der Entgegennahme des mündlichen Berichts des Ministers in öffentlicher Sitzung als erledigt.

Zuvor kam der Ausschuss überein, den Dringlichen Berichts Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

(einvernehmlich)

- 5. Dringlicher Berichts Antrag
Fraktion der Freien Demokraten
Desaströse Lage der hessischen Justiz
– Drucks. [21/4481](#) –**

Beschluss:

RTA 21/16 – 28.05.2026

Der Dringliche Berichts Antrag gilt mit der Entgegennahme des mündlichen Berichts des Ministers in öffentlicher Sitzung als erledigt.

Zuvor kam der Ausschuss überein, den Dringlichen Berichts Antrag in öffentlicher Sitzung zu beraten.

(einvernehmlich)



Nicht öffentlicher Teil

2. Gesetzentwurf

Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die juristische Ausbildung (Juristenausbildungsgesetz)

– Drucks. [21/4262](#) –

Beschluss:

RTA 21/16 – 28.05.2026

Der Rechtspolitische Ausschuss beabsichtigt – vorbehaltlich der Genehmigung durch die Präsidentin –, zu dem Gesetzentwurf eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

Der Ausschuss kommt überein, dass die Kommunalen Spitzenverbände eingeladen werden können und jede Fraktion bis zu drei Anzuhörende benennt.

Die Fraktionen werden gebeten, die Anzuhörenden bis Freitag, 5. Juni 2026, zu benennen.

Hinweis: Benannte Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter müssen im Lobbyregister des Hessischen Landtages eingetragen sein.

Die Anzuhörenden werden um die Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme bis Freitag, 7. August 2026, gebeten.

(einvernehmlich)



3. Gesetzentwurf
Landesregierung
Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung der Infor-
mationstechnik-Stelle der hessischen Justiz (IT-Stelle) und
zur Regelung justizorganisatorischer Angelegenheiten
– Drucks. [21/4375](#) –

Beschluss:

RTA 21/16 – 28.05.2026

Der Rechtspolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den
Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

(einstimmig)

Berichterstattung: Jennifer Gießler

Beschlussempfehlung: Drucks. [21/4532](#)

Wiesbaden, 29. Mai 2026

Protokollführung:

Vorsitz:

Stellv. Vorsitz

Silvia Hoffmann

Patrick Schenk (Frankfurt)

Hartmut Honka